

Den Stillstand überwinden

Wenn der Ölpreis weiter fällt, könnte das die stockende Konjunktur wieder in Schwung bringen. Die große Koalition muss allerdings die richtigen Weichen stellen – etwa die Steuern senken / Von Michael Heise

Es waren gute Jahre für die deutsche Konjunktur. Dank exportstarker Unternehmen und dank der Steuer- und Arbeitsmarktreformen konnte die deutsche Wirtschaft von Anfang 2005 bis ins erste Quartal 2008 hinein ein Wachstumstempo von durchschnittlich 2,8 Prozent erzielen. Rund anderthalb Millionen Menschen fanden in diesem Zeitraum zusätzlich eine Beschäftigung: Die Arbeitslosigkeit ging von fast 5,2 Millionen im ersten Quartal 2005 zurück auf 3,6 Millionen im ersten Quartal dieses Jahres. Kaum jemand hatte – nach der enttäuschenden Entwicklung in den ersten Jahren des Jahrzehnts – mit einem solchen Erfolg gerechnet.

Dieser positive Trend ist aber um die Jahresmitte 2008 zumindest vorübergehend zum Stillstand gekommen. Mehrere Belastungsfaktoren wirken dabei zusammen: Das Wachstum in wichtigen Partnerländern Deutschlands hat sich erheblich vermindert, und zwar infolge der Finanzmarktkrise und der Korrektur an den Immobilienmärkten in den USA und vielen europäischen Ländern. Zusammen mit dem hohen Außenwert des Euro musste dies deutliche Brems Spuren im Exportwachstum erzeugen. Hinzu kam ein schubartiger Anstieg vieler Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise im ersten Halbjahr, welcher die Inflation anfachte und in Deutschland, wie in anderen Netto-Importländern auch, massiv Kaufkraft abzog. Der private Verbrauch, auf den sich die Hoffnungen für die deutsche Konjunktur in 2008 gestützt hatten, blieb in der Folge gedrückt – und das, obwohl die Beschäftigung weiter stieg und erstmals seit langem auch die Effektivlöhne kräftig zulegte. Diese Belastungen werden mit ziemlicher Sicherheit nicht nur im zweiten Quartal dieses Jahres in schwachen Zahlen deutlich werden, sondern auch im dritten.

Die entscheidende Frage ist indessen, ob die Wirtschaft denn im Jahre 2009 wieder Fahrt aufnehmen kann. Die Konjunkturforscher stehen bei dieser Frage vor einem Problem: der Unsicherheit über die Entwicklung der Öl- und Rohstoffpreise, welche konjunkturell enorme Bedeutung haben. Sollten diese Preise nach den kräftigen Korrekturen der letzten Wochen wieder zum Steigflug ansetzen, etwa

weil sich Konflikte in Iran oder Georgien zuspitzen, dann wäre wohl kaum mit einer wirtschaftlichen Beschleunigung zu rechnen. Aber vermutlich bedürfte es mehrerer aufeinanderfolgender Krisen, um den Ölpreis für längere Zeit auf oder über die alten Höchststände zu treiben. Das wahrscheinlichere Szenario ist, dass sich die Abwärtskorrektur fortsetzt, denn die überzogenen Ölpreise der letzten Monate haben der Weltkonjunktur stark zugesetzt. Der Ölverbrauch wurde zurückgefahren und vielfältige Substitutionsvorgänge angestoßen. Sinken die Öl- und Energiepreise wieder, werden Unternehmen und Verbraucher von Kosten entlastet und die konjunkturelle Entwicklung gefördert.

In Deutschland könnten rückläufige Ölpreise – und damit niedrigere Inflationsraten – einen entscheidenden Impuls für eine Wiederbeschleunigung geben. Denn nach Jahren der Konsumschwäche hat sich in vielen Bereichen Nachholbedarf angestaut. Ein Anziehen des privaten Verbrauchs könnte die Wirtschaft sogar dann auf Wachstumskurs halten, wenn der Export und die Investitionen mal eine Zeitlang weniger gut laufen. Unser Nachbarland Frankreich hat das einige Jahre lang vorgeführt.

Lohnende Investitionen

Vermutlich wird sich die Investitionstätigkeit in Deutschland in nächster Zeit aber auch nicht stark abschwächen. In einigen Sektoren gehen zwar nach dem Boom der vergangenen Jahre nun die Gewinne deutlich zurück – gesamtwirtschaftlich gesehen werden sich Investitionen aber nach wie vor lohnen. Denn die Renditen, die sich durch Investitionen in Sachkapital erzielen lassen, werden gesamtwirtschaftlich weiterhin deutlich über den Zinsen für Fremdkapital liegen, also den Kosten der Kreditaufnahme. Diese Differenz war schon Mitte des Jahrzehnts sehr deutlich geworden, und sie war der wesentliche Grund dafür, dass die Investitionskonjunktur in Deutschland im Jahr 2005 endlich kraftvoll angesprungen ist – was dringend nötig war. In manchen Branchen wie Auto, Verkehr, Touristik, die unter hohen Öl- und Energiepreisen leiden, könnte der Rückgang der Renditen durchaus deutlich sein. Andere Bereiche könnten aber

profitieren: nicht nur die Produzenten von erneuerbaren Energieträgern, sondern allgemein Unternehmen, deren Produkte die Effizienz des Energie- und Rohstoffeinsatzes verbessern. Sie werden angesichts der neuen Trends an den Rohstoffmärkten weltweit auf viel Nachfrage treffen.

Die Chancen für eine Fortsetzung des Aufschwungs hängen nicht zuletzt von der Wirtschaftspolitik ab. Die große Koalition hat in der zweiten Hälfte dieser Legislaturperiode so gut wie keine Reformfolge vorzuweisen. Angesichts des erhöhten Inflationsniveaus, das dem Staat zusätzliche Einnahmen verschafft, wäre eine Senkung von Steuer- und Abgabesätzen überfällig. Gerade die unteren und mittleren Einkommenssegmente werden in Deutschland wieder durch enorm hohe Steuern und Abgaben belastet – ganz zu schweigen davon, dass der Spitzensteuersatz bei Alleinstehenden bereits bei Einkommen von rund 52 000 Euro beginnt.

Mindestlohn als Gefahr

Entscheidend ist auch, dass die Dynamik am Arbeitsmarkt erhalten bleibt. Hierzu hat die Politik in den vergangenen Jahren einiges beigetragen, die Erfolge sind unbestreitbar. Daher wäre es umso bedauerlicher, wenn man die Verbesserungen am Arbeitsmarkt nun dadurch in Gefahr brächte, dass beschäftigungsfeindliche Maßnahmen wie Mindestlöhne oder Einschränkungen der Leih- und Zeitarbeit umgesetzt würden. Dass solche Projekte mitunter auch aus der Wirtschaft Zustimmung erfahren, liegt vor allem daran, dass manche auf diesem Wege unliebsame Konkurrenz ausschalten wollen. Das darf aber für die Politik nicht handlungsleitend werden. Angesichts der konjunkturellen Abkühlung des Arbeitsmarktes wären weitere Reformen wünschenswert, etwa im Bereich der Qualifikation oder des Kündigungsschutzes. Aber damit ist vorerst nicht zu rechnen. Viel wäre schon gewonnen, würden frühere Reformen nicht zurückgedreht.

*Dr. Michael Heise ist
Chefvolkswirt der Allianz
Gruppe und der Dresdner*